



Obwohl bei der Abstimmung von 1920 fast 75 Prozent der Wähler Tonderns es vorzogen, im Deutschen Reich zu bleiben, wurde Tondern eine dänische Stadt. Auch in den folgenden Jahren behielt die Stadt eine deutsch gesinnte Mehrheit, und bis auf den heutigen Tag bildet „das Nationale“ eine zentrale politische Frage in Tondern. Der deutsche „Wählerverein“ war bis 1937 die größte Partei bei den Kommunalwahlen, und bis 1929 besaß er die Mehrheit im Stadtrat. Folglich hatte Tondern bis 1937 einen „deutschen“ Bürgermeister. Im täglichen Leben ging alles seinen ruhigen Gang, aber in der lokalen Politik mußten sich die Parteien national entscheiden. Den bürgerlichen Parteien fiel das nicht schwer, wohl aber den Sozialdemokraten.

Auf nationaler Ebene galt die Grenzfrage für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu Beginn der zwanziger Jahre als gelöst.¹ Deutsche und dänische Sozialdemokraten wurden sich einig über das Grenzproblem, gerieten damit aber zugleich in Schwierigkeiten. Beide Parteien bekannnten sich einerseits zum Internationalismus, andererseits hatten sie sich innenpolitisch der jeweiligen nationalen Kritik zu erwehren. In Tondern hatte sich die Sozialdemokratie tagtäglich mit diesem Dilemma auseinanderzusetzen. Tondern war im Jahre 1920 eine Kleinstadt mit knapp 5000 Einwohnern, eine Zahl, die in den folgenden Jahren auf fast 6000 anwuchs, dann aber bis in die vierziger Jahre stagnierte. Die Tonderaner lebten hauptsächlich vom Handwerk, vom Handel, von der Verwaltung und vom Transport, d.h. von der Eisenbahn. Eine industrielle Entwicklung gab es hier erst seit den fünfziger Jahren, und die Mitglieder des sozialdemokratischen Ortsvereins der zwanziger und dreißiger Jahre waren daher überwiegend Arbeiter und Eisenbahner.²

Das nationale Problem, das es hier zu untersuchen gilt, färbte natürlich nicht das ganze politische Bild in Tondern. Die Sozialdemokraten in der Grenzstadt verfolgten selbstverständlich auch eine traditionell sozialdemokratische Politik; unter anderem setzten sie sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch kommunale Beschäftigungsprogramme und für soziale Verbesserungen ein. Die nationale Frage war indessen während der ganzen Zeit ein konflikträchtiger Faktor. Sowohl die dänischen als auch die deutschen bürgerlichen Parteien versuchten, die Sozialdemokraten zu zwingen, sich in nationaler Hinsicht festzulegen, und eine ganze Reihe innerer Parteikonflikte ist in diesem Kontext zu interpretieren. Nicht zuletzt während der kommunalen Wahlkämpfe akzentuierte man den nationalen Konflikt. Bis 1937 besetzte die bürgerliche deutsche Koalition „Wählerverein“ den Bürgermeisterposten, sehr zum Verdruß der dänisch Gesinnten.

Ereignisse um 1920. Unter den vom Arbeitersekretariat in Flensburg gesammelten Beschwerden über Ausweisungen im Jahre 1920 befindet sich auch die von Constantin Langer, der berichtete, er sei am 18. Juni 1920 unterwegs zu seiner Arbeitsstelle in Kliplew gewesen, als ihn „ein dänischer Kriminalbeamter“ nach seiner Nationalität gefragt habe.³ Langer sei festgenommen worden, in den Zug nach Pattburg gesetzt und dann mit einem Taxi nach Flensburg gefahren worden. Er habe in Tondern seit 1913 gewohnt; jetzt suche er Hilfe, damit seine Frau ihm fol-

Klaus Petersen: Die Sozialdemokratie und die nationale Frage in Tondern 1920-37

Übertragung aus dem Dänischen:
Manfred Jessen-Klingenberg

1 G. Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924, Aabenraa 1970.

2 Mitgliederzahlen des Tonderner Sozialdemokratischen Vereins in der behandelten Zeit: 1922 (205), 1923 (205), 1924 (131), 1925 (121), 1926 (160), 1927 (114), 1928 (103), 1929 (155), 1930 (262 in zwei fast gleich starken Ortsvereinen), 1931 (185), 1932 (179), 1933 (215), 1934 (210). Für die folgenden Jahre habe ich keine Angaben gefunden; die Mitgliederzahl im Kreis entwickelte sich entsprechend der Tonderns und war zwei- bis dreimal so hoch.

3 Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv (ABA), 500 (Socialdemokratiet), pk. 120.

4 Brief von Sternkopf an Stauning, ebenda.

5 H. Becker-Christensen, *Byen ved grænsen, Tønder 1920-1970*, Aabenraa 1993, S. 66; das revolutionäre Geschehen schildert W. Koops, *Südtøndern in der Zeit der Weimarer Republik (1918-1933)*, Neumünster 1993, S. 84-91.

6 Troels Fink, *Rids af Sønderjyllands Historie*, Aarhus 1943, S. 217.

7 Peter Møller, *75 aar med Socialdemokratiet i Tønder*, Tønder 1982, S. 27. Zu Stauning, der der unbestrittene Leiter und Landesvater der Sozialdemokratie war: G. Callesen, Thorvald August Marinus Stauning. In: DG VI, 1991, S. 111-142.

8 Brinkmann an Socialdemokratisk Forbund, 21. April 1920, ABA 500 (Socialdemokratiet) pk. 121.

gen und auch seine Habe nach Flensburg gesandt werden könne. Im ganzen wurden – während der Streiktage 1920 – 23 Arbeiter aus dem Kreis Tondern ausgewiesen. In einem Brief des Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins Tondern, H. Sternkopf, an Th. Stauning heißt es, daß die Festnahmen von dänischen Kriminalbeamten vorgenommen worden seien. Der Brief schließt mit der Bemerkung: „Eigentümlich ist, daß bisher nur Arbeiter ausgewiesen wurden.“⁴ Unter den Ausgewiesenen befand sich der Maurer Heinrich Wienecke, der vom Frühjahr 1919 bis Januar 1920 Vorsitzender des Tonderner Arbeiterrats gewesen war. Wienecke gehörte dem linken Flügel der Sozialdemokratie an und war keineswegs beliebt bei den städtischen Beamten.⁵ Es ist durchaus vorstellbar, daß er auch im Sozialdemokratischen Verein nicht als Vorbild eines Mitglieds galt.

Das dänische Justizministerium lehnte es zunächst ab, die Ausweisungen rückgängig zu machen: Man wies darauf hin, daß sie von der Internationalen Abstimmungskommission vorgenommen seien. Der Übertragungsvertrag für die nördliche an Dänemark gefallene Abstimmungszone wurde indessen erst am 10. Juli in Paris unterzeichnet. Dänemark hatte jedoch schon drei Tage vor Constantin Langers Ausweisung die Verwaltung der ersten Zone übernommen.⁶ Erst im Oktober 1920 begann das Justizministerium, jede einzelne Ausweisung zu revidieren; Schadensersatz lehnte es dabei ab. Dies hat gewiß nicht dazu beigetragen, die deutschen Arbeiter für das dänische Regiment in Tondern zu gewinnen.

Nach der Abstimmung im Februar 1920 begannen die Vorbereitungen für den Übergang der Tonderner Abteilung der SPD in die dänische Sozialdemokratie. Am 18. Juli wurde von einer Regionalversammlung in Hadersleben beschlossen, daß die Parteivereinigungen der dänischen Sozialdemokratischen Partei eingegliedert würden. Dies wurde am Tag danach dadurch bekräftigt, daß sogar Stauning nach Tondern kam, um hier eine Rede zu halten.⁷ Das erste unmittelbare Ergebnis war, daß Eckwerdt, der Vorsitzende des Tonderner Ortsvereins seit seiner Gründung, zurücktrat und das Amt Sternkopf überließ. Obgleich der Übergang nicht zu einer Spaltung des Ortsvereins führte, gab es doch einige Reibungen, und man verlor zwei leitende Mitglieder: Wienecke, der ausgewiesen wurde, und Eckwerdt, der ins deutsche „Lager“ ging. Eben diese Tatsache hat sicherlich dazu beigetragen, daß die erste „dänische“ Wahl 1922 den Sozialdemokraten keinen großen Erfolg bescherte. Die Kandidatur Eckwerdts für den Wählerverein hat sicherlich einen Teil der deutschen Arbeiter auf die bürgerlich-deutsche Seite gezogen. Der Wählerverein hatte außer Eckwerdt noch einen Vertreter der Arbeiter in seinen Reihen, nämlich Chr. Schmidt.

Damit wurde auf ein mögliches Dilemma zwischen Klassenbewußtsein und nationaler Identität gezielt. Die deutsche Dominanz in der lokalen Sozialdemokratie zeigt sich in einem Brief des Kreisvorsitzenden H. Brinkmann. Nach einer Aufzählung der Mitglieder (238 männliche und 103 weibliche) schlug er vor, Agitatoren, und zwar dänische, nach Tondern zu entsenden, da die einheimischen Sozialdemokraten das Dänische nicht beherrschten.⁸ Mit der Errichtung dänischer Institutionen, besonders der dänischen Staatsbahn, kamen allmählich auch dänische

Sozialdemokraten nach Tondern, und der Ortsverein wurde zu einem national gemischten.⁹

Eine nicht-nationale Partei. Die Situation und die Begebenheiten um 1920 wiesen für die Sozialdemokraten in zwei verschiedene Richtungen: Man konnte sie als Ausdruck kapitalistischer Unmenschlichkeit auffassen oder als Zeichen eines nationalen Konflikts. Eben diese Sichtweise war auf der deutschen Seite vorherrschend; aber auch Dänen hatten die nationalistische Betrachtungsweise keineswegs aufgegeben. Zog man die erstgenannte Deutung – Unmenschlichkeit des Kapitalismus – vor, so galt es, gemäß dem sozialdemokratischen Internationalismus zusammenzurücken. Gab man der zweiten den Vorzug, hatte man sich der jeweiligen nationalen Seite anzuschließen. Gemäß der offiziellen sozialdemokratischen Politik im Lande und in der Stadt wurden die Ereignisse im Kontext des Klassenkampfes gesehen. Während diese Frage, von Kopenhagen aus betrachtet, höchst theoretischer Natur war, mußte sich die Parteiabteilung in Tondern tagtäglich praktisch mit ihr auseinandersetzen.

Der Versuch, eine nicht-nationale Politik zu führen, ist deutlich zu erkennen anhand der sozialdemokratischen Tageszeitung „Tønder Amts Socialdemokrat“ (TASD), die, redigiert von Chr. Christensen, seit 1920 erschien, sowie im praktischen politischen Leben. Diese Politik war geboten, um eine Abwanderung der Arbeiter zu den nationalen Parteien zu verhindern; sie war indessen schwierig. Am einfachsten wäre es gewesen, sich ganz aus den nationalen Streitigkeiten herauszuhalten, aber diese hatten ihren festen Platz auf der politischen Tagesordnung in Tondern.

Eines der großen Streitthemen war die Frage, ob man im Ratssaal Dänisch oder Deutsch sprechen sollte.¹⁰ Die Deutschen bestanden, da sie die Mehrheit hatten, darauf, in deutscher Sprache zu verhandeln; die dänische Seite war der Auffassung, daß in einem dänischen Stadtrat selbstverständlich Dänisch gesprochen werden müsse. Dieser Meinung waren auch die Sozialdemokraten, deren Stadtratsmitglied, Rechtsanwalt Chr. Bundgaard, vor der Kommunalwahl 1927 verlauten ließ, er werde einen Dolmetscher verlangen, wenn im Stadtrat Deutsch gesprochen werden solle. Tatsächlich benutzte man im Stadtrat bis 1937 beide Sprachen. In der TASD vom 6. August 1925 kritisierte der Redakteur den Vorsitzenden des Schulausschusses in Seth, der darauf bestand, das Protokoll nur in deutscher Sprache zu führen, und fügte hinzu, der Ausschuß solle seinen Vorsitzenden dorthin führen, „wo man sein Gehirn reparieren kann. Es wird höchste Zeit.“ Einige Tage später mußte der Redakteur sich jedoch entschuldigen, und er schrieb, der Vorsitzende hätte dasselbe „Konfekt“ bekommen, wenn er Däne gewesen wäre.¹¹

Zweisprachigkeit kam auch zum Ausdruck an Festtagen, wie dem ersten Mai oder dem Verfassungstag (6. Juni), an denen gewöhnlich sowohl auf Dänisch als auch auf Deutsch Reden gehalten wurden. Des öfteren drückte man den guten Willen dadurch aus, daß gerade Dänen Reden in deutscher Sprache hielten. Auch in der lokalpolitischen Auseinandersetzung, bei der es in erster Linie um die Nationalität des Bürgermeisters ging, gelang es den Sozialdemokraten, bis 1933 auf neutralem Pfade zu gehen. Annäherungsversuche der bürgerlichen däni-

⁹ Møller, S. 25.

¹⁰ Siehe z.B. TASD, 5.1.1922, 16.2.1922, 23.3.1922, 25.5.1922, 1.6.1922, 14.1.1927.

¹¹ TASD, 6. u. 11.8. 1925.

12 T ASD, 5.1.1922, 27.1.1922, 5.2.1922, 2.3.1922, 8.3.1922, 19.3.1925, 4.4.1925, 19.2.1929.

13 Becker-Christensen 1993, S. 70-72; bei den Bürgermeisterwahlen 1922 und 1929 enthielt sich die Sozialdemokratie der Stimme.

14 Hinzu kam, daß der Wählerverein in Tondern weniger radikal war als Slesvigsk Parti, die nationale Organisation der deutschen Minderheit. Siehe H. Becker-Christensen, *Det tyske mindretal i Nordslesvig*, Aabenraa 1990.

15 Jørgen Møller an Socialdemokratisk Forbund, 14.7.1924: ABA 500 (Socialdemokratiet), pk. 124.

16 T ASD, 28.2.1922; Becker-Christensen 1993, S. 43.

17 Møller, S. 29.

18 T ASD, 14.4.1923.

19 T ASD, 16.2.1929, berichtet von der Versammlung.

schen Parteien wurden mehrfach zurückgewiesen und eine gemeinsame dänische Front abgelehnt.¹² Und als die Deutschen 1925 das entscheidende Mandat verloren hatten, stimmten die Sozialdemokraten für einen deutschen Bürgermeister; als Gegenleistung erhielten sie eine Reihe von Ausschußsitzten.¹³ Man kann sagen, es ist den Sozialdemokraten in gewissem Grade gelungen, mit jeweils einem Bein in beiden Lagern zu stehen.

Die Stadtratswahlen bis 1933. Wenn die einzelnen Wahlen auch nicht detailliert dargestellt werden sollen, so muß das Thema doch berührt werden, um die übrige Darstellung in einen Zusammenhang zu bringen. Es soll nur auf die Kommunalwahlen eingegangen werden, da diese die örtlichen Probleme illustrieren, um die es in diesem Aufsatz geht. Allgemein kann man sagen, daß die Zustimmung zur Sozialdemokratischen Partei bei Folketingswahlen etwas höher ausfiel. Abgesehen von dem schlechten Ergebnis 1920 (16%) erhielt die Partei zwischen 24 und 30% der Stimmen, wenn es galt, das Folketing zu wählen. Das war weniger als der Landesdurchschnitt, der um 10-15% höher lag. Bei den Stadtratswahlen erhielt die Partei dagegen um 10% Stimmen weniger. Die einleuchtende Erklärung dafür ist die Tatsache, daß die nationale Haltung auf lokaler Ebene eine viel größere Rolle gespielt hat, als das landesweit der Fall war. Insbesondere der Wählerverein, aber auch die dänisch gesinnten Bürgerlichen fanden größeren Zuspruch bei den örtlichen Wahlen.¹⁴

Aber zurück zu den Wahlen zum Stadtrat: Das Mitglied des Landstings (des dänischen „Oberhauses“), Jørgen Møller, teilte 1924 in einem Brief an SDP (=Socialdemokratisk Forbund) Tonderns Sozialdemokraten in drei Gruppen ein: eine Gruppe um den früheren Vorsitzenden, Lokführer Christensen, eine um den Rechtsanwalt Bundgaard und eine von „fast deutsch-nationalem Charakter.“¹⁵ Diese Einteilung weist hin auf die zentralen Themen, die in dieser Zeit auf der sozialdemokratischen Tagesordnung standen: das Problem mit den zwei Nationalitäten und der nahezu unüberbrückbare Konflikt pro und contra Rechtsanwalt Bundgaard. Das erstgenannte Problem wurde bei Wahlen praktisch dadurch gelöst, daß man abwechselnd deutsche und dänische Kandidaten auf die Listen setzte.¹⁶ Das war freilich nicht immer einfach. 1922 gab es Wünsche, eine rein deutsch-sozialdemokratische Liste aufzustellen; man fand indessen einen Kompromiß.¹⁷ Danach gab es einzelne Versuche des früheren Vorsitzenden Eckwerdt, der nunmehr ein Mandat des Wählervereins innehatte, eine rein deutsche Liste vorzulegen; er fand aber keinen großen Zuspruch,¹⁸ vielleicht deswegen, weil Eckwerdt in der sozialdemokratischen Presse zum Prototyp eines Nationalismus geworden war, den man bekämpfen wollte. – Das andere Problem bewirkte, daß es in Tondern zeitweise zwei sozialdemokratische Zusammenschlüsse nebeneinander gab. Bis 1929 konnte man noch eine gemeinsame Liste aufstellen; aber während der Sitzung des Kreisvorstandes vom 24. Februar wurden zwei Listen eingereicht, beide als Listen der Sozialdemokraten. Die ursprüngliche Liste mit Bundgaard erhielt die Bezeichnung „Die Sozialdemokratie“; die von Redakteur Petersen angeführte hieß „Liste der Sozialdemokratie“.¹⁹ Obwohl T ASD meinte, daß „so wie die Dinge sich in der letzten Zeit entwickelt haben, ist es sicher-

lich das Beste“; führten die Spaltung und die getrennten Listen dazu, daß man trotz eines Stimmenzuwachses von 13-20% (die Hälfte davon für die jeweilige Liste) das Zusatzmandat, das man hätte gewinnen können, nicht erhielt.

Persönliche Gegensätze. Eines der größten Probleme der Partei war der interne Streit zwischen zwei maßgeblichen Persönlichkeiten: Redakteur P. Petersen und Stadtratsmitglied Rechtsanwalt Chr. Bundgaard. Dieser war kein typischer Sozialdemokrat, denn er war nicht nur Anwalt, sondern auch Grundbesitzer. In den zwanziger und dreißiger Jahren gehörte er zu den markanten sozialdemokratischen Persönlichkeiten Tonderns, nicht zuletzt im Stadtrat spielte er eine bedeutende Rolle. Der Gegensatz zu Petersen wird als Ausdruck zweier unterschiedlicher politischer Einstellungen zur nationalen Frage angesehen; aber man sollte die Tatsache nicht übersehen, daß auch starke persönliche Diskrepanzen im Spiel waren.

Der Gegensatz nahm schon 1920 seinen Anfang, bevor Petersen in die Stadt kam. Sein Vorgänger als Redakteur, O. Christensen, wurde im Herbst zum Vorsitzenden des Kreises Tondern gewählt. Offenbar entstand dann ein Gegensatz oder Machtkampf zwischen Christensen und Bundgaard. Dieser wurde so ernster Art, daß die Partei im Oktober 1924 eine außerordentliche Generalversammlung für Tondern einberief, da „die Parteiverhältnisse in der Stadt Tondern lange Zeit nicht zufriedenstellend gewesen sind – für die Mitglieder wie für die gesamte Partei“²⁰ Die Sozialdemokratische Partei (SDF) war stark vertreten mit Fr. Andersen, Hørdum, dem südjütischen Folketingskandidaten I. P. Nielsen und Alsing Andersen. Offiziell ging der Streit um drei Arbeiter, die Bundgaard hatte aus der Partei ausschließen lassen, weil sie für einen Parteiaustritt agitiert hatten. Bundgaard und der Parteivorstand lehnten eine Wiederaufnahme der drei ab.

Der Briefwechsel zwischen den beiden Streithähnen und der SDF offenbart aber auch das Bild eines persönlich gefärbten Mißverhältnisses. In einem Brief an die Partei vom 21. August bat Bundgaard darum, Christensen abzusetzen, „da er alles zerstört und Skandale verursacht“²¹ Bundgaard klagte zugleich Christensens „Stützen“ an, den Lokführer Christensen und den Arbeiter und Gewerkschaftler Jensen. Dieser wurde beschuldigt, streiksüchtig zu sein und Rentner veranlaßt zu haben, aus der Partei auszutreten, während jener als unzuverlässiger Clown dargestellt wird. Christensen begründete in seiner Antwort die Unzufriedenheit mit Bundgaard teils mit dessen Überheblichkeit und besonders damit, daß er seinen Kollegen im Stadtrat, Brøndholm, unterstütze, der in der bürgerlichen Presse harten Angriffen ausgesetzt war. Man behauptete, er habe in einem öffentlichen Park junge Leute belästigt. Eben dies hatte Arbeiter dazu bewogen, Brøndholms Rücktritt zu fordern, und da sie keinen Erfolg hatten, hatten sie für einen Parteiaustritt agitiert. Das Ergebnis war schließlich, daß drei Arbeiter, wie oben erwähnt, nicht wieder in die Partei aufgenommen wurden. Gegenseitige Anklagen durchziehen die Schreiben O. Christensens und Bundgaards an die Partei, die im Oktober 1924 einen Burgfrieden diktieren mußte. Da Bundgaard während dieser Auseinandersetzungen vom Ortsverein unterstützt wurde, endete die Geschichte damit, daß Christensen durch Redakteur

²⁰ ABA 500 (Socialdemokratiet, pk. 124.

²¹ Der gesamte Briefwechsel befindet sich in ABA 500 (Socialdemokratiet), pk. 124. Der konkrete Anlaß für diesen Vorwurf war ein Artikel in der bürgerlich-dänischen Zeitung Vestslesvigs Tidende (20.8.1924), der berichtete, Christensen sei betrunken in einer politischen Diskussionsveranstaltung aufgetreten.



Das Büro des Rechtsanwalts und Sozialdemokraten Bundgaard, rechts der Giebel des Rathauses

(Lokalhistorisches Archiv Tondern)

22 Kredsorganisationens forhandlingsprotokoll Tønder (KFT) 1926-1937 (Tønder Lokalarkiv) weist aus, daß Bundgaard u. Petersen eine Reihe intensiver Diskussionen führten.

23 ABA 500 (Socialdemokratiet), pk. 124.

Petersen ersetzt wurde. Aber diejenigen, die glaubten, nun herrschten Frieden und Freude, irrten sich gewaltig.

Petersen kam 1924 aus Herning nach Tondern und übernahm Christensens Position als Redakteur, ebenso seinen Parteivorsitz im Kreis. Vieles deutet darauf hin, daß bei den Sozialdemokraten im Kreis und in der Stadt unterschiedliche Vorstellungen vorherrschten. Das kann mit dem traditionellen Gegensatz Stadt-Land zusammenhängen, aber auch damit, daß sich in der Stadt ein stärkerer deutscher Einfluß geltend machte als in den umliegenden Landdistrikten. Kurz nach dem Jahreswechsel 1926/1927 erhielt die Partei eine Resolution vom Ortsverein Tondern, wo Bundgaard zwar nicht mehr Vorsitzender war, aber immer noch eine ganz wichtige Rolle als „Meinungsbildner“ spielte.²² In der Resolution wurde der Verwunderung Ausdruck gegeben, „daß man in der ausgesprochen deutschen Stadt Tondern, wo auch die Mehrzahl unserer Anhänger deutsch ist, einen Redakteur einstellt, der nicht eine Silbe Deutsch versteht und dies nach seinen eigenen Aussagen weder lernen will noch kann.“²³

Die Klage war nicht aus der Luft gegriffen. Petersen hat sich gegen den Gebrauch der deutschen Sprache eingesetzt, aber es muß gerechter-

weise gesagt werden, daß auch Bundgaard mit derartigen Äußerungen kokettierte. Indessen befürwortete er eher eine anationale Linie, Petersen eine mehr dänisch orientierte Politik. Die Haltung der Partei (SDF) kam in einem Brief Staunings an das Kontrollkomitee für die sozialdemokratische Presse zum Ausdruck: „Unserer Meinung nach hat Redakteur Petersen sehr verantwortlich gehandelt, und wenn etwas unternommen werden soll, muß das in einer Verhandlung geschehen, in der dieser Gesichtspunkt zur Geltung gebracht wird.“²⁴

Diese Ansicht fand kein Gehör in Tondern, und während einer Versammlung am 19. Februar meinte Bundgaard über Staunings Äußerung, „ein Mann, der so schreiben kann, kann unmöglich Sozialdemokrat sein.“ Eine solche Reaktion war in Kopenhagen sicher nicht willkommen, und die SDF unterstützte weiterhin Petersen. Der Tonderner Verein geriet aufgrund administrativer Unzulänglichkeiten in die Kritik und gab im Mai seine Mandate zurück.²⁵ Nun begann eine heftige Diskussion; einige forderten die Partei auf, für einen Vergleich zu sorgen, andere beklagten sich weiterhin über den Redakteur Petersen. Am 12. Juli 1927 ging bei der Partei eine von 203 Personen unterschriebene Resolution gegen Petersen ein.²⁶

Petersen antwortete selbstverständlich mit neuen Vorwürfen, die freilich etwas hergesucht wirken. Unter anderem warf er dem Vorsitzenden O. Christensen vor, ihm habe seine, Petersens, Verteilung von Kleidung an die Kinder Arbeitsloser mißfallen. Petersen meinte, Christensen wünsche für seine Kinder „Lackschuhe und Seidenstrümpfe“; Petersens bester Trumpf war und blieb die Unterstützung durch die Partei. Der Kampf spielte sich dann an zwei Fronten ab: teils im Ortsverein selbst, teils versuchte man unter der Führung Bundgaards, Petersen als Kreisvorsitzenden abzusetzen. Der Erfolg blieb zunächst aus. Im Mai 1928 erhielt Petersen jedoch gute Karten. Man warf Bundgaard vor, die Leibe Bewegung, eine bäuerliche Protestbewegung, unterstützt zu haben, was der offiziellen sozialdemokratischen Politik strikt widersprach. Im August 1928 fand eine Delegiertenversammlung des Kreises Tondern statt, die die Liste für die Wahlen zum Stadtrat aufzustellen hatte.²⁷ Der Kreisvorstand schlug Redakteur Petersen vor, Bundgaard einen anderen, „da er der Meinung war, daß Redakteur Petersen ein Dorn im Auge vieler Parteigenossen in Tondern sei.“ Über sich selbst sagte Bundgaard, er werde nur Verärgerung auf dem Lande hervorrufen. Er schlug daher den Maurer Hecht für den ersten Listenplatz vor. Bei der Abstimmung erhielt Petersen 15 Stimmen, Hecht nur 4.²⁸ Wie oben erwähnt, war das Resultat die Aufstellung zweier konkurrierender Parteilisten. Ein Teil der Schwierigkeiten wurde dadurch gelöst, daß Petersen kurz nach der Wahl, Anfang 1930, Tondern verließ; er ging nach Herning, und an seine Stelle trat Redakteur Dyrehøj.²⁹ Petersen war zuvor ein Gerichtsverfahren angehängt worden, weil er sich beleidigend über die sozialdemokratische Führung geäußert habe; er wurde jedoch freigesprochen.³⁰

Wie gesagt, ist es schwer, die Auseinandersetzungen eindeutig in einen nationalen Zusammenhang zu setzen. Teils hatten die Vorwürfe gegen Redakteur Petersen nationale Töne. So wurde darüber geklagt, daß er kein Verständnis für die besonderen Verhältnisse in Tondern habe. In Leitartikeln hatte er sich auf eine Debatte eingelassen mit dem Redak-

24 Ebenda.

25 KFT 11.9.1927; ABA 500 (Socialdemokratiet), pk. 124.

26 Ebenda; hier auch Petersens Antwort auf die Resolution.

27 KFT, 28.8.1928.

28 Hier zeigt sich auch der Konflikt zwischen dem deutsch geprägten Ortsverein Tondern und dem mehr dänisch orientierten Kreis mit seinen Landdistrikten.

29 TASD, 15.7. u. 16.7.1929.

30 Landsarkivet for Sønderjylland, Tønder Ret, Retsprotokol for borgerlige sager, 9. März 1929.

31 Siehe T ASD, 14.1. u. 12.3.1927; Neue Tondernsche Zeitung, 19.1.1927; - Vestslesvigs Tidende, 16.1.1927.

32 ABA 500 (Socialdemokratiet), pk. 124 (Tøndersagen 1927).

33 T ASD, 13.8.1930; PsKT 18.8.1930.

34 KFT, 1.10. u. 29.10.1930, 12.2.1931. Da der Sekretär krank war, fehlen Referate einzelner Versammlungen.

35 T ASD, 24.4.1931. Es muß auf einem Fehler beruhen, wenn es im Bericht vom Kongreß der Sozialdemokratie, Kopenhagen 1935, heißt, in Tondern hätten per 31.12.1931 zwei Parteivereine existiert.

36 KFT, 28.1.1934.

teur der (deutschen) Neuen Tondernschen Zeitung über die Verhandlungssprache im Stadtrat.³¹ Gerade diese Debatte mit ihrem nationalen Charakter hatte die Vorwürfe des Ortsvereins Tondern gegen Petersen provoziert.³²

Aber erst nachdem Petersen sich nach Herning zurückgezogen hatte, kam es zur Spaltung des Ortsvereins Tondern. Also gab es in der Zeit von 1931 bis 1932 zwei sozialdemokratische Vereine in Tondern, den herkömmlichen und den neuen: Ny Socialdemokratisk Forening. Wie es genau zur Bildung des neuen Vereins gekommen ist, weiß man nicht. In der offiziellen Liste der Ortsvereine sind für Tondern jeweils Ende 1930 und 1931 zwei Vereine angegeben. Die Anerkennung des neuen Vereins wird zum ersten Mal am 13. August 1930 in der T ASD erwähnt und fünf Tage später auch im Verhandlungsprotokoll der Kreisorganisation.³³ Während der hier protokollierten Sitzung beschloß der Kreisvorstand, einen Brief an den Parteivorstand in Kopenhagen zu senden, um sein Bedauern über die Anerkennung des neuen Vereins auszudrücken.

Das Protokoll berichtet auch, daß die Partei im Herbst 1930 Verhandlungen zwischen den beiden Ortsvereinen zuwege brachte.³⁴ Zu einem Resultat führten sie nicht. Auf der Delegiertenkonferenz vom 12. Februar 1931 in der Tonhalle, auf der die Parteitagsdelegierten für 1931 gewählt werden sollten, schlug der Verein Møgeltønder vor, keine Kandidaten aus Tondern zu wählen, da man gehört habe, das Problem der Spaltung solle auf dem Parteitag entschieden werden. Indessen wurde schon vorher eine Lösung gefunden. Im T ASD wird bis zum 1. April von einer Reihe von Versammlungen berichtet: der neue sozialdemokratische Ortsverein hat offenbar einen Vermittlungsvorschlag der Partei einhellig angenommen. Drei Wochen später berichtet die Zeitung, beide Vereine hätten ihre Zusammenlegung beschlossen.³⁵ So konnte der Kreisvorsitzende, Schneider Petersen aus Visby, im Januar 1934 rückblickend sagen, er freue sich darüber, „daß der Ortsverein Tondern nach dem Zusammenschluß beider Vereine gut vorangekommen ist.“³⁶

Die Bürgermeisterwahlen von 1933 und 1937. Wenn nunmehr ein besonderes Gewicht auf die Bürgermeisterwahlen gelegt wird, so liegt es daran, daß gerade bei diesen Gelegenheiten die nationalen Gesinnungen und Konflikte am deutlichsten zutage traten. Dem Bürgermeisterposten kam aufgrund der Möglichkeit, die städtische Verwaltung täglich zu kontrollieren, eine reale politische Bedeutung zu, gleichzeitig aber durchaus auch eine symbolische. Für die dänischen Parteien war Tondern so lange nicht ganz dänisch, bis man das Bürgermeisteramt gewonnen hatte. Besonders nachdem die Deutschen 1933 die Mehrheit im Stadtrat verloren hatten, galt diesem Amt der nationale Einsatz. Schon vor der Bürgermeisterwahl von 1933 versuchte man von dänisch-bürgerlicher Seite, ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten einzugehen. Die Motive, die die Bürgerlichen leiteten, sollen hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Teils hatte man erkannt, daß eine dänische Mehrheit und damit das Bürgermeisteramt ohne die Sozialdemokraten nicht erreicht werden konnte. Nachdem die Sozialdemokratie, wie man es erlebt hatte, auf nationaler Ebene Bündnisse und Kompromisse eingegangen war, schien dies auch auf lokaler Ebene möglich zu sein. Überdies waren die Aktivisten der Revolution in Tondern inzwischen nicht mehr politisch tätig.

Die Sozialdemokraten befanden sich mit dem „Bürgermeisterspiel“ in einem Dilemma. Einerseits wollte man keine nationale Position beziehen – eine Politik, die sich mehr als zehn Jahre bewährt hatte –, andererseits geriet man durch den Nationalsozialismus und den verschärften nationalen Konflikt unter Druck, sich der dänischen Seite zuzuwenden. Überlegungen, diesem Dilemma zu entgehen, haben einen wesentlichen Teil der sozialdemokratischen Tagesordnung für die Kommunalwahlen von 1933 und 1937 bestimmt.

Die Sozialdemokraten ließen in der Zeit vor 1933 verlauten, sie könnten dieses Mal keinen deutschen Bürgermeisterkandidaten unterstützen.³⁷ Das ließ natürlich die dänischen Parteien hoffen. Das Ergebnis der Wahlen zum Stadtrat 1933 sah so aus: Der deutsche Wählerverein erhielt sieben Sitze, die bürgerlichen dänischen Parteien fünf (Venstre: 2, Konservative: 2, Radikale Venstre: 1) und die Sozialdemokraten drei Sitze. Jetzt mußte verhandelt werden. Die bürgerlichen dänischen Stadträte einigten sich schnell und wählten den Bankdirektor Andreas Andersen zu ihrem Bürgermeisterkandidaten. Gegenüber den Sozialdemokraten wollte man abwarten, ihnen den ersten Schritt der Annäherung überlassen. So geschah es; aber die Sozialdemokraten waren nicht bereit, den Kandidaten Andersen zu akzeptieren. Sie schlugen statt seiner den Venstre-Politiker Thorvald Petersen vor, den sie für gemäßigt und freisinnig hielten. Die Bürgerlichen lehnten jedoch ab, offenbar in der Annahme, die Sozialdemokraten würden letztlich nachgeben.

Ohne eine Einigung erzielt zu haben, gingen die nicht-deutschen Parteien in die Stadtratssitzung vom 1. April 1933, um einen Bürgermeister zu wählen. Aufgrund der schwierigen Verhandlungen war die Wahl schon einmal verschoben worden.³⁸ Mehrere Wahlgänge waren nötig, da kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stadträte hinter sich hatte. Im dritten Wahlgang, bei dem eine relative Mehrheit hinreichend war, war über den Deutschen Thomsen und den dänisch-konservativen Andersen abzustimmen. Da die Sozialdemokraten sowohl den deutschen als auch den dänischen Kandidaten ablehnten und weiße Stimmzettel abgaben, war das Ergebnis, daß Thomsen sieben, Andersen fünf Stimmen erhielt. Damit hatte Tondern wieder einen deutschen Bürgermeister.

1937 bemühte man sich wieder um eine vereinte dänische Mehrheit im Stadtrat. Anders als 1933 versuchte man nun, die Dinge vor der Wahl zu klären. Die Sozialdemokraten hatten sich inzwischen, bedingt durch ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus, dem dänischen Lager angenähert. Auf einer Vorstandssitzung im Dezember 1936 sagte der Ortsvorsitzende, es sei ein Schreiben der Dänischen Gesellschaft (Dansk Samfund) eingegangen, betr. einer gemeinsamen dänischen Liste für die Stadtratswahlen. Der Vorstand beschloß einstimmig, ablehnend zu antworten.³⁹ Diese Ablehnung erklärt sich vor allem aus den Vorgängen von 1933: Die Sozialdemokraten wollten nicht nach der bürgerlichen Pfeife tanzen.

Am Anfang des folgenden Jahres begannen dann wirkliche Verhandlungen zwischen den dänischen Parteien und den Sozialdemokraten. Eine erste Zusammenkunft in Tønderhus brachte keine Ergebnisse, wie der Ortsvorsitzende in aller Kürze feststellte.⁴⁰ Gespräche mit der sozialliberalen Radikale Venstre blieben ebenfalls ohne Erfolg, da die Sozi-

37 Die Darstellung der Ereignisse um die Bürgermeisterwahl 1933 beruht auf I. Haase, Borgmestervalget i Tønder 1933. In: Sønderjysk Maanedsskrift, 4/1993, S. 99-105.

38 TASD, 23.3.1933.

39 Forhandlingsbog for Socialdemokratisk Forening Tønder (FSFT), 1935-1938, Tønder Lokalkiv, 1993/044 2.b. Socialdemokratiet.

40 FSET, 17.12.1936.

Rechts: Titelseite der Tønder Amtstidende, (Ausschnitt) vom 10. März 1937; Schlagzeile: Tøndern ist eine dänische Stadt.

41 FSFT, 7.2.1937.

42 FSFT, 6.3.1937.

43 Die Sozialdemokraten setzten sich in den dreißiger Jahren für kommunale Beschäftigungsprogramme ein: sie sollten stellungslosen Arbeitern zugutekommen und verhindern, daß sie wegen Steuerschulden aus der Wählerliste gestrichen wurden.

44 Der Fall Klippert: Der Wählerverein hatte K. auf den ersten Platz seiner Liste gesetzt. Das war ein Versuch, sozialdemokratische Stimmen zu fischen.

45 FSFT, 14.4.1937.

46 Wenn sich auch keine nazistisch inspirierten Demonstrationen auf Tønders Straßen vermeiden ließen, so erhielt die nationalsozialistische Partei doch nur einen bemerkenswert geringen Zuspruch bei den Stadtratswahlen. Möglicherweise lag es daran, daß Fritz Clausens Nationalsozialistische Partei als dänische Partei angesehen wurde.

47 Becker-Christensen 1993, S. 54; Kops stellt die Radikalisierung im deutschen Teil des einstigen Kreises Tøndern dar. – V.O. Lumans, The Nordic Destiny. The particular role of the German minority in North Schleswig in Hitler's plans and politics for Denmark. In: Scandinavian Journal of History 15, S. 109-123 schildert die Nazifizierung der Minderheit, ebenso die strikte Ablehnung einer Grenzrevision in Berlin.

aldemokraten zu weitgehende Forderungen stellten. So schien es, daß die Sozialdemokraten an einer Listenverbindung nicht teilnehmen würden. Der Vorsitzende erklärte am 7. Februar, die Ablehnung sei auf das bürgerliche „Vorgehen gegenüber der Arbeiterklasse“ zurückzuführen; das Nationale sei nicht das Trennende.⁴¹ Erst drei Tage vor der Wahl, am 6. März 1937, berichtete der Vorsitzende, der Maschinenarbeiter Wilhelm Nielsen, es habe noch eine Verhandlungssitzung stattgefunden.⁴² Hier hätten die sozialdemokratischen Unterhändler eine Reihe von Forderungen gestellt, nach deren Erfüllung sie zu einer Listenverbindung bereit seien: stellvertretender Bürgermeister, Sitze in allen Ausschüssen, Vorsitz im Sozial-, Wege- und Arbeitsausschuß. Damit bekämen die Sozialdemokraten großen Einfluß auf die kommunalen Beschäftigungsprogramme.⁴³ Es wurde am 6. März lange darüber debattiert, ob man sich unter diesen Bedingungen auf ein Wahlbündnis einlassen oder der bisherigen Linie folgen solle. Redakteur Dyrhøj wies auf den Fall Klippert⁴⁴ hin sowie auf die Vorteile, die ein Listenverbund der Partei beschere würde, „...den Nazismus zu bekämpfen, was ja unsere Aufgabe ist.“ Er faßte alle Gesichtspunkte zusammen, so daß der Ortsverein sich einstimmig für einen Listenverbund unter den genannten Bedingungen aussprach. Wieder ging die Verhandlungsdelegation zu den Bürgerlichen. Der Sekretär des Ortsvereins, S.H. Madsen, schloß seinen Bericht im Verhandlungsprotokoll so: „Um ein Uhr in der Nacht teilte man uns mit, man sei auf unsere Bedingungen eingegangen, der Listenverbund war damit zustandegebracht.“

Die Sozialdemokratie erhielt ihr bis dahin bestes Wahlergebnis: 21% der Stimmen; zusammen erhielten die „dänischen“ Parteien 59%. So erhielt Tøndern im März 1937 seinen ersten dänischen Bürgermeister, den Konservativen Holger Jepsen. Wie vereinbart, wurde ein Sozialdemokrat stellvertretender Bürgermeister: Wilhelm Nielsen. Die Partei erhielt auch die erwünschten Ausschusssitze. Ihre feste Verhandlungsposition hatte sich gelohnt, und sie war mit den größeren Einflußmöglichkeiten, die sie nunmehr hatte, durchaus zufrieden.⁴⁵

Der Nationalsozialismus – von Tøndern gesehen. Wenn man einen Faktor herausgreifen sollte, der entscheidend war für die Aufgabe des nicht-nationalen Kurses, so ist es der Nationalsozialismus. Schon vor 1933 wurde man in der Arbeiterbewegung auf die Gefahr aufmerksam, nicht zuletzt durch die Kontakte zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie. In einer Stadt wie Tøndern – dicht an der Grenze, mit einer großen deutschen Minderheit, die die Grenze von 1920 als ungerecht ansah – war die Situation wie geschaffen für Unruhen in beiden Lagern.⁴⁶ Becker-Christensen hat eine Reihe von Beispielen angeführt für die Nazifizierung der Minderheit in Tøndern, von der berühmten „Zaunschlägerei“ 1933 zwischen deutsch gesinnten Nationalsozialisten, angeführt von Peter Sturm, und dänischen Arbeitern (sie waren die Gewinner) bis zu einer Reihe von blutrünstigen und Gewalt androhenden Äußerungen. Er betont jedoch auch, daß große Teile der Minderheit an einem pragmatischen Kurs festhielten und keine Konfrontation mit den Dänen wünschten. Im übrigen erhielt Tøndern die erste nationalsozialistische Ortsgruppe außerhalb Deutschlands.⁴⁷

Für die Sozialdemokraten brachten 1933 und die Jahre danach das

Tønder Am

58. Aargang

Onsdag den 10.

Tønder er en dansk By.

**En straalende Sejr for den danske Borgerliste
Tyskerne tabte et Mandat, som tilfalder den
dansk-borgerlige Gruppe.**

I det nye Byraad vil der være 9 danske mod 6 tyske Medlemmer.

Tønder, Onsdag.

VALGDAGEN HER I TØNDER i Gaar blev som haabet og ventet en straalende dansk Sejr. Tønder stemte i Gaar under Dannebrog og stemte paa en Maade, saa at ingen i Fremtiden kan nægte, at det er en overvejende dansk By. Der var meget stærk Valgdeltagelse, og Stemmeprocenten kommer paa samme Højde som sidste Gang, rigeligt 90 pCt. Af 3282 Vælgere blev der afgivet 3.064 gyldige Stemmer.

Paa den danske Borgerliste blev afgivet 1171 Stemmer mod 905 ved Valget for 4 Aar siden. Den soc. Liste havde faaet 638 mod 534 sidst, medens den tyske Liste har faaet 1250 Stemmer mod 1181 ved sidste Valg. De dansk borgerlige Partier er saaledes gaaet fremad med 268 St., Soc. med 107, medens den tyske Liste har maattet nøjes med en Fremgang af 69 Stemmer.

Da den danske Borgerliste og Socialdemokraterne jo havde Li-



Erlebnis eines gemeinsamen Feindes und die daraus resultierende Hinwendung zur dänischen Seite. Der T ASD kritisierte schon von 1930 an und in zunehmendem Maße die Nationalsozialisten, zunächst durch distanzierende Berichte über öffentliche Zwischenfälle, sodann befaßte sich die Zeitung auch mit der Nazifizierung deutscher Organisationen. In einem Artikel vom 15. März 1933, also kurz vor den Kommunalwahlen, legte die Zeitung dar, daß die deutsche Liste sich in der Tasche des Direktors der Tondern Bank befinde, „und das heißt Nazi“⁴⁸

48 T ASD, 15.3.1933.

Die Sozialdemokraten hatten sich trotz allem geweigert, sich einer gemeinsamen dänischen Front einzugliedern. Damit provozierten sie die Kritik der bürgerlichen Dänen, sie seien nicht national. Das hatte man auch schon 1920 gehört. Die Kritik war insoweit richtig, als die Sozialdemokratie Tonderns nicht ausgeprägt national eingestellt war. Aber 1933 war die Lage anders als 1920. Die Sozialdemokraten versuchten, auf einer nicht-nationalen Linie zu bleiben, aber sie wurden gleichsam gezwungen, das nationalsozialistische Deutschland abzulehnen. Die Kritik war allerdings unberechtigt, wenn man sie des Grenzrevisionismus beschuldigte. Unter der Überschrift „Kampffront mod Nazi“ berichtet der T ASD im Juli 1933 von der gemeinsamen Front der Sozialdemokraten gegen den Nazismus, und in den folgenden Jahren fordert er auf zur Wachsamkeit gegenüber dem deutschen Teil der Bevölkerung.⁴⁹ – Während die Sozialdemokraten sich ehemals ironisch-kritisch über das Dänisch-Nationale geäußert hatten, wurde ihr Ton nunmehr neutral, und an den Verfassungstagen pries man fortan die dänische Demokratie.

49 T ASD, 18.4.1933. Siehe auch ABA 500 (Socialdemokratiet), pk. 125 (SDR. Jysk Aktionsudvalg 1933-35). T ASD, 18.4.1933, zitiert das sozialdemokratische Mitglied des Stadtrats Johannsen: er könne aufgrund der Vorgänge in Deutschland keinen deutschen Bürgermeister unterstützen.